

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 26.02.2019

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:01 Uhr
Ende:	17:53 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Dr. Warweg
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.01.2019	
4.	Dringliche Angelegenheiten	

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates
- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0048/19**
06.02.2019
Evaluation W-Lan
BE: Fragesteller Fraktion CDU, Herr Kordon
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Plangenehmigung DB Netz AG "Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes, Abschnitt Bischleben"- städtische Stellungnahme **0036/19**
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Vertagung vom 15.01.2019 **2618/18**
Festlegung aus der öff. Sitzung StU vom 11.12.2018 - belegungsgebundene Wohnungen in Erfurt
BE: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung
- 7.2. Festlegung aus der öff. Sitzung StU vom 15.01.2019 - **0136/19**
Wertstoffhoff am Stöberhaus - Längenbeschränkungen für Fahrzeuge mit u. ohne Anhänger
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt
8. Informationen
- 8.1. Abriss Mauer am Kindergarten bzw. Klostergelände "St. Ursula" **0071/19**
BE: Fraktion CDU, Herr Kordon
hinzugezogen: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung
- 8.2. Beschlusskontrolle zur DS 0463/18 - Verstärkte Umsetzung des VEP-Radverkehr (Verkehrsentwicklungsplan-Radverkehr) **0172/19**
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

- 8.3. Bericht zur Umsetzung der Baumschutzsatzung der Stadt Erfurt im Zeitraum April bis September 2018
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes **0010/19**
- 8.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.01.2019

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0048/19**
06.02.2019
Evaluation W-Lan
BE: Fragesteller Fraktion CDU, Herr Kordon
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft

Herr Kordon, Fraktion CDU, bedankte sich für die Beantwortung und erkundigte sich nach einem genauen Zeitplan.

Der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung wies darauf hin, dass der Ausbau der WLAN-Infrastruktur in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Erfurt erfolgt und sich an den finanziellen Möglichkeiten und freien Kapazitäten der Stadtwerke orientiert und demnächst ein weiterer gemeinsamer Abstimmungstermin stattfinden wird.

Herr Kordon bat um erneute Information nach diesem Termin. Daher wurde folgende Festlegung getroffen.

Durch die Verwaltung ist ein gemeinsamer Termin mit den Stadtwerken geplant, um die weiteren Möglichkeiten zur Erweiterung der WLAN-Infrastruktur in Erfurt zu besprechen.	DS 0401/19
Daher bittet der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt nach dem stattgefundenen Termin um Berichterstattung über die Ergebnisse.	
V: Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft	
T: 14.05.2019	

Die Drucksache wurde

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Plangenehmigung DB Netz AG "Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes, Abschnitt Bischleben"- städtische Stellungnahme 0036/19
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, informierte, dass die Beratungsergebnisse des Ortsteilrates noch nicht vorliegen, da dieser erst am Abend tagen wird. Allerdings versicherte er, wenn es gravierende Veränderungen geben würde, dass diese auch noch im Nachhinein in das Verfahren einfließen könnten.

Danach stellte er die Drucksache 0036/19 mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

beschlossen

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt (Anlage 1¹) zur Plangenehmigung der DB Netz AG zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes, Abschnitt Bischleben wird bestätigt.

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Vertagung vom 15.01.2019 2618/18
Festlegung aus der öff. Sitzung StU vom 11.12.2018 - belegungsgebundene Wohnungen in Erfurt
BE: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Beantwortung und fragte nach, wie sinnvoll Verlängerungen der auslaufenden Belegungsbindungen wären.

Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung antwortete, dass seiner Kenntnis nach die Stadt keine rechtliche Handhabe hat, die Belegungsbindung zu verlängern.

redaktionelle Anmerkung

¹ Die Anlage 1 wird der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erwähnte, dass es vor kurzem erst einen Urteilsspruch am Bundesverwaltungsgericht gab, dass es keine Verlängerung der Belegungsbindung, ohne den Willen des Eigentümers geben darf.

Weiterhin fragte er nach, ob mittlerweile die neue Förderrichtlinie zur Wohnungsbauförderung beschlossen wurde. Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung teilte mit, dass diese im Dezember 2018 im Thüringer Staatsanzeiger veröffentlicht wurde.

Weitere Fragen oder Anmerkungen gab es nicht, daher wurde die Drucksache

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öff. Sitzung StU vom 15.01.2019 - 0136/19**
Wertstoffhoff am Stöberhaus - Längenbeschränkungen für
Fahrzeuge mit u. ohne Hänger
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt

Frau Guba-Nonn hatte keine weiteren Fragen, aber sie äußerte, dass sie hofft, dass ein Hinweisschild angebracht wird.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN betonte, dass sich dort ein großes unübersehbares Schild befindet.

Die Drucksache wurde

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Abriss Mauer am Kindergarten bzw. Klostergelände "St. Ursula" 0071/19**
BE: Fraktion CDU, Herr Kordon
hinzugezogen: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung

Herr Kordon, Fraktion CDU, bedankte sich für die Beantwortung und erkundigte sich nach den Konsequenzen, die jetzt für den Verursacher daraus folgen sollten.

Die Leiterin des Bauamtes berichtete, dass der Verursacher bereits schriftlich darauf hingewiesen wurde, dass die Mauer widerrechtlich abgebrochen wurde.

Herr Kordon wollte wissen, ob denn die Mauer wieder aufgebaut wird. Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN wollte ebenfalls wissen, ob gegen den Verursacher ein Bußgeldverfahren eingeleitet wird, zumal die Mauer unter Denkmalschutz stand. Die Leiterin des Bauamtes teilte mit, dass das vordergründige Ziel sei, diese Mauer wieder aufzubauen und dass der Verursacher mit einem Bußgeldverfahren rechnen muss.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass grundsätzlich der Wiederaufbau der Mauer gefordert wird und dass das widerrechtliche Vorgehen dementsprechend geahndet wird.

Folgende Festlegung wurde getroffen:

<p>Im Zusammenhang mit dem nicht genehmigten Abriss der Mauer am Kindergarten/Klostergelände "St. Ursula" wird die Verwaltung um Stellungnahme zum weiteren Verfahrensablauf gebeten. Folgende Fragen sind zu beantworten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wird gegen die Verantwortlichen ein Bußgeldverfahren eingeleitet? - Wird die Mauer auf Kosten des Verursachers wieder aufgebaut? <p>V: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung T: 26.03.2019</p>	<p>DS 0402/19</p>
--	--------------------------------

zur Kenntnis genommen

8.2. Beschlusskontrolle zur DS 0463/18 - Verstärkte Umsetzung des VEP-Radverkehr (Verkehrsentwicklungsplan-Radverkehr) 0172/19
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Herr Kanngießler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte, wie bereits im Bau- und Verkehrsausschuss, weiterhin seinen Unmut über die Drucksache. Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, sagte, dass die Umsetzung schlichtweg zu lang dauert.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, konnte nachvollziehen, dass durch die BUGA 2021 das Tiefbau- und Verkehrsamt sehr ausgelastet ist, aber nicht nachvollziehbar sei, dass auch in 5 Jahren nach der BUGA das Radverkehrskonzept immer noch nicht umgesetzt sein wird.

Herr Kanngießler war der Meinung, dass es die Aufgabe des Stadtrates sei, eventuell bei den derzeitigen Haushaltsverhandlungen noch Einfluss darauf zu nehmen.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., warb eher dafür, zu überlegen, ob tatsächlich die Radverkehrsanlagen nach der Richtlinie und immer perfekt umgesetzt werden sollten oder ob man eventuell übergangsweise wenigstens Radschutzstreifen aufbringt. Man würde so dem Alltagsradverkehr ein Stück weit sicherer machen.

Herr Kallenbach war anderer Meinung – die Radverkehrsanlagen müssen sicher sein und müssen auch von den Radfahrern angenommen werden. Von daher sollten diese Anlagen ordentlich nach Richtlinie, wie im Radverkehrskonzept vorgesehen, geplant und umgesetzt werden.

Herr Dr. Warweg schlug vor, dass eine Art Konsens fraktionsübergreifend getroffen wird, damit der Druck vom Stadtrat aufrechterhalten wird – d. h. im Haushalt sollte darauf geachtet werden, dass für die Radwege entsprechendes Geld geplant ist. Es müssen vernünftige Lösungen her.

Die Ausschussmitglieder appellierten somit an die Verwaltung, das Konzept bis 2025 umzusetzen.

Die Drucksache wurde

zur Kenntnis genommen

8.3. Bericht zur Umsetzung der Baumschutzsatzung der Stadt Erfurt im Zeitraum April bis September 2018 0010/19
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob man auch eine Liste erhalten könnte, aus der man entnehmen kann, wo Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes antwortete, dass die Ersatzpflanzungen hauptsächlich im privaten Bereich in der Regel auf den betroffenen Grundstücken stattfinden.

Er erklärte, dass die Eigentümer der Grundstücke auf denen Ersatzpflanzungen vorgenommen werden, 3 Jahre für die Ersatzpflanzung Zeit haben und man kontrolliere auch erst nach ca. 1 Jahr, um zu sehen, dass die Bäume auch angewachsen sind. Er versicherte, dass hier umfangreiche Kontrollen durchgeführt werden. Außerdem berichtete er, dass viele Eigentümer auch Ausgleichszahlungen vornehmen bzw. sich für Ersatzpflanzungen im öffentlichen Bereich verpflichten.

Es war eine Vertreterin einer Bürgerinitiative anwesend. Frau Baier, Fraktion SPD, beantragte daher das Rederecht. Die Ausschussmitglieder stimmten alle zu.

Die Vertreterin der Bürgerinitiative hatte folgende Nachfragen:

- Sind die aufgeführten Zahlen im Bericht nur die Privatfällungen?
- Wann stehen die Zahlen für das Jahr 2018 komplett fest?
- Gibt es eine Liste wo die Nachpflanzungen erfolgen?
- Wie viele Bäume werden noch zusätzlich zu den bereits gefällten Bäumen auf dem Petersberg gefällt?

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes erklärte, dass die Zahlen zweimal jährlich veröffentlicht werden.

Herr Dr. Warweg wies darauf hin, dass es sich bei den vorgelegten Zahlen um den Eingang der Baumfällanträge im Berichtszeitraum handelt und nicht um die Fällungen in diesem Zeitraum.

Die Vertreterin fragte explizit nach, ob hier die BUGA Bäume gar nicht enthalten sind. Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes erläuterte die Hintergründe.

Zu den Nachpflanzungen erläuterte er, dass diese meistens auf dem eigenen Grundstück stattfinden. Für die Ersatzpflanzungen gibt es kein Kataster.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinte, dass man im ersten Moment sehr erschrocken darüber ist, wenn man liest, wie viele Bäume gefällt werden. Allerdings äußerte er sich auch positiv, dass es immer von der Verwaltung eine plausible Erläuterung für die Gründe gibt.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN wies auf die Baumschutzsatzung hin – diese gilt s. E. für das gesamte Stadtgebiet und er fragte nach, wieso die Baumschutzsatzung laut Aussage einer Mitarbeiterin des Umwelt- und Naturschutzamtes nicht für den Außenbereich gelten würde?

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes stellte klar, dass die Baumschutzsatzung baurechtlich nur den Innenbereich betrifft.

Im Außenbereich greift das Naturschutzrecht. Er konnte verstehen, dass für einen Außenstehenden die Gesetzmäßigkeiten relativ schwierig nachvollziehbar sind.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Drucksache 0010/19 wurden die folgenden Festlegungen getroffen:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bittet um Beantwortung folgender Fragen:	DS 0403/19
<ul style="list-style-type: none">- Gibt es eine Übersicht, wie viele Bäume insgesamt in der Stadtfläche von Erfurt existieren?- Wie viele davon sind in der Pflege des Garten- und Friedhofsamtes?	
V: Beigeordneter für Bau und Verkehr	
T: 26.03.2019	

<p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bittet um Information, welche einschlägigen rechtlichen Regelungen/gesetzliche Grundlagen die Basis für Baumfällungen im Bereich von Feuerwehruzufahrten/Rettungsbereichen bilden.</p> <p>Hintergrund der Fragestellung ist ein scheinbar anderes Vorgehen in der Stadt Leipzig (statt Fällung – Baumerhalt/Schaffung von Nottreppen).</p> <p>V: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt</p> <p>T: 26.03.2019</p>	<p>DS 0404/19</p>
--	-----------------------

Da es keine weiteren Anmerkungen gab, wurde die Drucksache

zur Kenntnis genommen

8.4. Sonstige Informationen

Im Zusammenhang mit der Drucksache 2214/18 "Thüringer Wasserwirtschaftsrecht" kam man im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im November letzten Jahres überein, dass man das Schreiben des Oberbürgermeisters im Namen des Ausschussvorsitzenden an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz vom Land weiterleitet. Daher wurde nach dem derzeitigen Stand zur Thematik nachgefragt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, teilte mit, dass das Schreiben an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz im Landtag gesandt wurde, man aber noch keine Rückantwort bekommen hat.

Außerdem wurde folgende Festlegung getroffen:

<p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bittet um Stellungnahme, wann mit der Richtlinie für eine Konzeptvergabe von kommunalen Immobilien zu rechnen ist bzw. wann die Bürgerbeteiligung zur Eigenheimrichtlinie startet? (StR-Beschluss DS 0473/19)</p> <p>V: Beigeordneter für Bau und Verkehr</p> <p>T: 26.03.2019</p>	<p>DS 0400/19</p>
---	-----------------------

gez. Dr. Warweg
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin